



17.06.2019

Eingang: 17.06.2019 Granse

Änderungsantrag zur Stadtverordnetenversammlung am 24.06.2019:

Zu TOP 17 AN 038/2019 – Resolution zum Lärmschutz wg Fehmarnbeltquerung

Bündnis 90/Die Grünen beantragen:

Der letzte Satz des Antrags:

"Ein Regionalrat entsprechend dem Kreis Ostholstein erscheint als ein zu bevorzugender Weg, um die Interessen der Gemeinden im Kreis Stormarn gegenüber der DB zu vertreten."

Wird geändert in:

"Die Stadt Ahrensburg setzt sich aktiv dafür ein, dass für die Kreise Stormarn und Herzogtum-Lauenburg ein Planungsverfahren, analog zum Verfahren in Ostholstein, eingesetzt wird. Dazu gehören die entsprechenden Dialogforen, Bürgerbeteiligung, Regionalrat, Untersuchung von alternativen Trassen, etc.; so wie eine transparente Darstellung der Entscheidungsprozesse. Das Projekt "Hinterland Anbindung Fehmarn Belt Querung" ist entsprechend zu erweitern und ausreichend zu budgetieren. "

Begründung:

Während der letzten Sitzung des Umweltausschusses hat der Pressesprecher der DB ausgesagt, dass die Bahn keinen Auftrag und kein Budget für ein Planungsverfahren zwischen Lübeck und Hamburg hat.

Die Hinterland Anbindung der Fehmarn Belt Querung ist nur von Puttgarden bis Lübeck definiert. Stormarn insgesamt und Ahrensburg (mit Ausnahme der S4) werden aktuell im Rahmen der Fehmarn Belt Querung nicht in die Planung einbezogen.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen

Christian Schmidt